

**Niederschrift**  
**der Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

23. März 2015

**Tag:** 21.01.2015

**Ort:** Schwanseestraße 17, Haus II Cafeteria

**Beginn:** 17:30 Uhr

**Ende:** 19:15 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r** Harke, Corina ,

**Fraktion CDU** Bode, Tristan ,  
Günzler, Heidrun ,

**Fraktion DIE LINKE.** Fuchs, Sarah Carolina ,  
Körper, Jana ,

**Fraktion SPD** Klemm, Virginie ,  
Stadelmann, Bernhard ,

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** Höfer, Rebekka ,

**stimmberechtigte Mitglieder** Albrecht, Frank ,  
Engelhardt, Stefan ,  
Faßnacht, Joachim ,  
Schumann, Ralf ,  
Unger, Yvonne ,  
Vogel, Anita ,

**Vertreter** Bolle, Ines , für Kristen, Beate

**Abwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder** Kristen, Beate ,

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung**
- 2 Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2014**
- 3 Verfahren zur Besetzung der Amtsleitung**
- 4 Satzung über die Förderung in Kindertagespflege**
- 5 Beratung und Beschlussfassung zur 1. Änderung der Richtlinie der Stadt Weimar zur Förderung der Kindertageseinrichtungen**
- 6 Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2015  
Bitte beachten: Unterlagen Haushalt 2015 wurden bereits in der Sitzung vom 29.10.2014 ausgehändigt. Bitte bringen Sie diese zur Sitzung mit!  
Vorlage: 373/2014**
- 7 Gutachten zur Neuorganisation des Amtes für Familie und Soziales der bbvl mbH  
-Sachstand zur Maßnahmeplanung**
- 8 Informationen**
- 9 Sonstiges**

## Öffentlicher Teil

### zu TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Herr Kleine führt aus, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlossen hat, den Haushalt 2015 in der Stadtratssitzung vom 28.01.2015 nicht zu behandeln. Die Gründe sind bekannt, das Haushaltsloch ist noch größer geworden und es ist erforderlich, eine neue Drucksache vorzulegen. Er hofft, dass der Haushalt im März behandelt werden kann. Deshalb soll der Tagesordnungspunkt 6 entfallen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der geänderten Form.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	15	0	0

### zu TOP 2 Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2014

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zu den Niederschriften vom 26.11.2014.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b><u>Beschluss:</u></b>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschriften vom 26.11.2014.		
<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	3	0

### zu TOP 3 Verfahren zur Besetzung der Amtsleitung

Frau Harke erläutert, dass Herr Kolling auf eigenen Wunsch als Amtsleiter des Familienamtes ausgeschieden ist. Derzeit läuft das Besetzungsverfahren für diese Stelle. Die Besetzung des Jugendamtes ist keine interne Angelegenheit der Verwaltung, dazu ist der Jugendhilfeausschuss mit einzubeziehen. Sie verweist auf die Rechte des Jugendhilfeausschusses. Herr Kleine ergänzt, dass die aktuelle Ausschreibung noch bis zum 29.01.2015 läuft. Dann müssen die Bewerbungen aufbereitet und eine Vorauswahl getroffen werden. Er geht davon aus, dass fünf bis acht Kandidaten ausgewählt werden, mit denen Vorstellungsgespräche geführt werden. Er schlägt vor, drei geeignete Bewerber dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Der Jugendhilfeausschuss kann im Anschluss daran sein Votum abgeben und eine Rangliste erstellen. Dieses Votum wird bei der Entscheidung berücksichtigt.

Herr Kleine geht davon aus, dass die Vorstellungsgespräche nicht vor März stattfinden werden. Günstig wäre es, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Position des Sozialdezernenten besetzt wäre, damit dieser in die Entscheidung eingebunden werden kann. Es ist vorgesehen, dem Jugendhilfeausschuss Einblick in die Bewerbungsunterlagen der drei Favoriten zu geben. Die Vorstellung der Kandidaten soll in einer nicht öffentlichen Sondersitzung erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Höfer antwortet Herr Thauer, dass wenig Bewerbungen bis zum 05.01.2015 eingegangen sind und man sich daher entschlossen hat, die Frist noch einmal zu verlängern. Die bereits eingegangenen Bewerbungen werden weiterhin berücksichtigt. Herr Kleine macht deutlich, dass die Stellenbesetzung auf Grund von Kündigungsfristen eventuell erst im Sommer erfolgen kann.

Frau Harke erläutert, dass noch geklärt werden muss, in welcher Form die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Einblick in die Bewerbungsunterlagen erhalten.

Frau Hollnack schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss einen Fragenkatalog von 10 – 15 Fragen erarbeitet, damit eine Vergleichbarkeit hergestellt wird.

Herr Thauer führt aus, dass eine Vergleichbarkeit und eine Reproduzierbarkeit der Entscheidung gegeben sein muss. Er verweist auf die an der Entscheidung beteiligten Gremien (Personalrat, Schwerbehindertenvertretung etc.).

#### **zu TOP 4            Satzung über die Förderung in Kindertagespflege**

Frau Harke begrüßt die anwesenden Tagesmütter.

Sie erläutert, dass die Satzung über die Förderung der Kindertagespflege formell in den Jugendhilfeausschuss eingebracht und anschließend im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege behandelt wird.

Herr Kleine hebt die gute Arbeit der Tagesmütter hervor und betont, dass es unstrittig ist, dass sie in der Vergütung besser gestellt werden müssen. Vorschlag der Verwaltung ist es, die Sätze um 30 Euro je Kind zu erhöhen. Im Haushalt sind dafür 60.000 Euro vorgesehen. Parallel erarbeitet das Land eine Richtlinie, die ebenfalls darauf abzielt, die Tagesmütter besser zu stellen. Würde diese umgesetzt, kämen auf die Stadt 300.000 bis 400.000 Euro an Mehrkosten hinzu. Dem Grunde nach befürwortet er eine Besserstellung, allerdings kann es nicht sein, dass diese Mittel im Kommunalen Finanzausgleich inbegriffen sein sollen. Einerseits will das Land das beitragsfreie Kita-Jahr einführen, auf der anderen Seite sollen die Kommunen diese Kosten schultern. Er hat eine Stellungnahme dazu abgegeben. Sein Vorschlag ist, zunächst die Satzung einzubringen, da die Landesregelung nicht rückwirkend in Kraft treten wird.

Frau Wiesner erläutert, dass die Vergütung um 30 Euro pro Kind und Monat angehoben werden soll. Der Urlaubsanspruch würde sich von 15 auf 20 Tage erhöhen. Die Vereinbarung, dass im Krankheitsfall der Tagespflegeperson die volle Geldleistung 14 Kalendertage gezahlt wird, entfällt. In der Gesamtsumme würden sich diese Ausgaben auf ca. 61.000 Euro belaufen. Die Gebührentabelle bleibt unverändert.

Frau Harke erläutert, dass die Vorlage im Unterausschuss weiter diskutiert wird und die Vertreterinnen der Tagesmütter Gelegenheit erhalten, sich dazu zu äußern.

Herr Wiese erklärt, dass die Berechnungen der Verwaltung auf den derzeitigen Zahlen in der Tagespflege beruhen, die zurückgehen werden, sollte die Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres kommen.

Herr Kleine erwidert, dass er nicht von einem Rückgang der Betreuungsquote ausgeht.

Herr Thauer verweist auf eine Ungenauigkeit in der Vorlage, die die Urlaubsregelung betrifft. An dieser Stelle muss noch einmal genauer formuliert werden, was das tatsächliche Ziel sein soll.

#### **zu TOP 5            Beratung und Beschlussfassung zur 1. Änderung der Richtlinie der Stadt Weimar zur Förderung der Kindertageseinrichtungen**

Herr Kleine führt aus, dass das beitragsfreie erste Kita-Jahr zum 01.04.2015 auslaufen soll. Ausschlaggebend für diesen Vorschlag ist die Finanzsituation der Stadt. Die Mittel sind nicht mehr vorhanden, diesen Standard zu finanzieren. Es geht dabei nicht darum, die Wirkung dieser Leistung in Frage zu stellen. Er verweist auf den Ausbau der Kleinkindbetreuung und auf den Anstieg der Inanspruchnahme und widerspricht der Ansicht des STAKKIE, dass sich die Quote der Betreuung bei den unter Zweijährigen drastisch verringern wird. Die Jahrgän-

ge, bei denen die Eltern Beiträge entrichten, sind sehr stark in den Kitas vertreten. Er bezweifelt die vom STAKKIE aufgezeigten Folgen für die Personalsituation in den Kitas. Wann das Land in die Finanzierung eines beitragsfreien Kita-Jahres einsteigen wird, ist nicht bekannt. Wünschenswert wäre, wenn durch das Land das letzte Kita-Jahr beitragsfrei gestellt würde, dann hätten die Eltern, bei denen diese Leistung jetzt wegfällt, einen Ausgleich. Er verweist noch einmal auf die schwierige Finanzsituation der Stadt.

Herr Kleine weist den Vorwurf zurück, dass die Eltern das finanzielle Missmanagement der Stadt schultern müssen. Er macht auch deutlich, dass das vom STAKKIE angeführte Bremer Urteil hier nicht korrekt ist, da der Vertrauenstatbestand in Weimar gegeben ist. Die Stadt will das beitragsfreie Kita-Jahr nicht rückwirkend abschaffen.

Frau Harke erläutert die Sitzungskette: nach dem Jugendhilfeausschuss wird sich der Finanzausschuss mit der Angelegenheit befassen, in einer Woche der Stadtrat.

Frau Klemm spricht sich dafür aus, dass Bildungseinrichtungen grundsätzlich kostenfrei sein sollten. Sie fragt, wie hoch die Einsparung tatsächlich sein soll.

Herr Kleine verweist darauf, dass eine genaue Kalkulation schwierig ist, da die Elternbeiträge einer ständigen Veränderung unterliegen. Er erläutert seine Berechnungen.

Herr Stadelmann erklärt, dass es neben Weimar auch andere Orte in Thüringen gibt, die ein beitragsfreies Kita-Jahr haben. Er erläutert, wie man zu einer genaueren Kalkulation des Einspareffektes kommen kann.

Herr Wiese erhebt den Vorwurf des Missmanagements. Er verdeutlicht, dass die besseren Betreuungsquoten durch die Beitragsfreiheit erzielt worden sind. Er hebt hervor, dass es insbesondere für sozial schwache Familien und Flüchtlingsfamilien wichtig ist, dass die Kinder frühzeitig integriert werden. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Wenn die Plätze, die jetzt aufgebaut worden sind, verloren gehen, das Personal abwandert, dann wird Weimar ab 2017 ein großes Problem haben. Sollte dann das beitragsfreie Kita-Jahr kommen, steht Weimar in Konkurrenz zu allen Thüringer Städten und Landkreisen. Er spricht sich für die Bewahrung des derzeitigen Status aus.

Herr Kleine verweist darauf, dass die Stadt die Betreuungskosten für sozial schwache Familien und Flüchtlinge trägt. Es geht darum den Anteil einzufordern, den man tragen kann. Er sieht nicht, dass die Betreuungsquote auf 33% fallen wird, die war bereits vor der Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres höher. Er bezweifelt auch, dass Weimar in ein Loch fallen wird und ab 2017 alles wieder aufstocken muss.

Herr Wiese kritisiert die Gebührentabelle.

Frau Harke verweist auf die Möglichkeit des Erlasses und des Teilerlasses.

Frau Hollnack erklärt, dass die Möglichkeit des Erlasses und des Teilerlasses nicht allen Eltern bekannt ist. Außerdem gibt es eine hohe Hemmschwelle. Sie möchte die Betreuungsquote und die Höhe der durchschnittlichen Elterneinkommen zugearbeitet bekommen.

Weiterhin verweist sie auf eine IHK-Studie, wonach Weimars großer Vorteil die Zahl der jungen Familien ist. Aus familienpolitischer Sicht wäre die Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres ein falsches Zeichen. Weimar braucht junge Familien und Fachkräfte.

Frau Vogel (Anita) fragt, wie sich der Übergang gestalten soll.

Herr Kleine antwortet, dass ab dem 01.04.2015 Eltern für Kinder im 2. Lebensjahr Gebühren entrichten müssten. Die Betreuungsverträge haben einen Bezug zur Förderrichtlinie. Wenn dieser Bezug nicht mehr gegeben ist, tritt die neue Regelung in Kraft.

Auf Nachfrage antwortet Herr Albrecht, dass in jedem Betreuungsvertrag auf die Förderrichtlinie verwiesen wird. Gibt es dort eine Änderung, ändert sich auch der Vertrag.

Frau Höfer führt aus, dass sie unter bildungspolitischen Erwägungen Herrn Wiese und Herrn Stadelmann durchaus folgen kann. Sie verweist auf die bisherige Entwicklung im Kita-Bereich und darauf, dass beschlossen wurde, einen Betriebskindergarten zu errichten. Weiterhin führt sie aus, dass niemand aus Weimar wegziehen wird, weil es das beitragsfreie Kita-Jahr nicht mehr gibt. Es ist hart, dieses Bonbon nicht mehr zu haben. Dennoch kann niemand die Augen vor den leeren Kassen der Stadt verschließen. Sie macht darauf aufmerksam, dass durchaus noch andere einschneidende Maßnahmen vollzogen werden können. Das kann auch andere Bereiche treffen. Die Frage ist: was können wir uns noch leisten?

Herr Stadelmann erklärt, dass eine solche Beitragserhöhung lediglich die Mittel- und Oberschicht trifft. Er vertritt die Auffassung, dass Altverträge einen Bestandsschutz haben und verweist auf das Landeserziehungsgeld.

Herr Kleine erläutert den Unterschied zwischen dem Wegfall des beitragsfreien Kita-Jahres und dem Landeserziehungsgeld.

Frau Vent macht ihre eigene Betroffenheit deutlich.

Herr Schuhmann verweist darauf, dass sich Eltern von der Stadt alleingelassen fühlen. Durch so einen Schritt, ist ihre langfristige Lebensplanung nicht mehr gegeben. Die Stadt muss den Eltern erklären, wie sie zu ihrer Position kommt.

Herr Kleine nimmt den Einwand zur Kenntnis und erläutert, dass Leistungen nicht immer auf Dauer angelegt sein können.

Frau Fuchs verweist auf die Situation von Studenten und glaubt, dass die Betreuungsquote durch den Wegfall des beitragsfreien Kita-Jahres sinken wird. Sie ist der Ansicht, dass die Absicht der Landesregierung, ein beitragsfreies Kita-Jahr zu schaffen, kein Argument für den Wegfall dieser Leistung in Weimar ist. Sie widerspricht Frau Höfer.

Frau Bolle macht deutlich, dass die Diskussion über den Wegfall des beitragsfreien Kita-Jahres nicht überraschend kommt und verweist auf die lange öffentliche Diskussion.

Frau Klemm entgegnet, dass ihre Fraktion kein Problem mit Steuererhöhungen hat.

Frau Harke fragt, wie hoch die ausfallen sollen, schließlich sind diese bereits eingepreist.

Frau Hollnack widerspricht Frau Bolle. Durch die politischen Mehrheiten wurde das beitragsfreie Kita-Jahr immer wieder aufgenommen. Deshalb ist der Schritt überraschend.

Herr Engelhardt verweist auf das Verfahren.

Herr Wiese verweist darauf, dass es im Wahlkampf anderslautende Aussagen von einigen Fraktionen gab.

Frau Harke macht deutlich, dass sie sich für ihre Arbeit nicht feiern lässt. Sollte sich eine Deckung für das beitragsfreie Kita-Jahr finden lassen, wird sie sich dafür einsetzen, das Jahr zu finanzieren. Sie verweist auf die große Finanzlücke und darauf, dass die Stadt das 2. Jahr hintereinander mit einem Fehlbetrag abgeschlossen hat. Auch die Steuerschraube ist nicht endlos strapazierbar. Sie verweist auf das Haushaltssicherungsgesetz und die Folgen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<b>Beschluss:</b>	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die 1. Änderung der Richtlinie zur Förderung von Kindertageseinrichtungen vom 01.05.2014 zu beschließen.		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	5	6	4

**zu TOP 6      Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2015**  
**Bitte beachten: Unterlagen Haushalt 2015 wurden bereits in der Sitzung vom 29.10.2014 ausgehändigt. Bitte bringen Sie diese zur Sitzung mit!, Vorlage: 373/2014**

entfällt

**zu TOP 7      Gutachten zur Neuorganisation des Amtes für Familie und Soziales der bbvl mbH**  
**-Sachstand zur Maßnahmeplanung**

Frau Harke warnt davor, das Gutachten der bbvl als Schwarzbuch zu interpretieren. Sie verweist auf die gute Arbeit der Träger und der MitarbeiterInnen im Familienamt.

Herr Kleine stellt Frau Christ-Eisenwinder als Controllerin und Leiterin der Steuerungsgruppe vor.

Frau Christ-Eisenwinder verweist auf die Ausführungen von Frau Schams im Jugendhilfeausschuss vom 26.11.2014. Sie erläutert, dass sich die Steuerungsgruppe mit den Empfehlungen der bbvl beschäftigt und zusätzlich weitere Arbeitsaufträge aus dem Gutachten abgeleitet hat. Insgesamt sind das 98 Arbeitsaufträge, die aber nicht alle für den Jugendhilfeausschuss relevant sind. Dem Jugendhilfeausschuss wurde eine Tabelle zugeleitet mit den Themen, die mit dem Ausschuss besprochen werden müssen.

Frau Christ-Eisenwinder erläutert den Aufbau der Tabelle und geht insbesondere darauf ein, wie mit dieser Tabelle zu verfahren ist. Sie macht deutlich, dass alle Maßnahmen priorisiert und geclustert wurden. Teile der Empfehlungen wurden bereits umgesetzt, andere werden 2015 bzw. 2016 erledigt. Es wurden drei Facharbeitsgruppen gebildet, die Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen erarbeiten.

Frau Harke verweist auf den 29.01.2015. Dort sollen sich alle drei Unterausschüsse in einem Extratermin mit den Empfehlungen aus dem Gutachten beschäftigen.

#### **zu TOP 8            Informationen**

Frau Harke informiert darüber, dass es eine erste Runde mit der Interessengemeinschaft zum Betriebskindergarten gegeben hat. Dort wurde über das weitere Verfahren gesprochen. Die Interessengemeinschaft will ihre Konzeptvorstellungen zusammentragen und eine Ausschreibung zur Trägerschaft vorbereiten. Man hat sich auf kurze Abstimmungswege geeinigt. Für die Verwaltung sind Herr Kleine und Frau Vogel, für die Interessengemeinschaft Herr Otto und Herr Dr. Böber und für den Unterausschuss Frau Harke als Ansprechpartner vorgesehen. Frau Harke möchte eine zweite Person aus dem Unterausschuss als Ansprechpartner gewinnen.

#### **zu TOP 9            Sonstiges**

Herr Stadelmann mahnt an, dass vor der Kita in der Ackerwand eine Tempo 20 Zone eingerichtet wird.

Ende der Sitzung 19.15 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch